

GEMEINSAME STELLUNGNAHME



zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Als Deutscher Bundesjugendring (DBJR) nehmen wir gemeinsam mit dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland, Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Bundesjugendwerk der AWO, BUNDjugend, Naturschutzjugend (NAJU), Naturfreundejugend Deutschlands, Deutsche Jugendfeuerwehr, THW-Jugend und der Jugend des Deutschen Alpenvereins (JDAV) im Rahmen des Werkstattgesprächs zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit der Staatsministerin beim Bundeskanzler Sarah Ryglewski entlang folgenden drei Leitfragen Stellung, auf die zusammenhängend geantwortet wird:

Welche Gesichtspunkte werden aus Ihrer Perspektive in der aktuellen politischen Debatte und/oder in der Gesellschaft generell noch nicht hinreichend beachtet, die aber entscheidend für weitere Fortschritte für die Schaffung eines zukunftsfähigen Deutschlands sind?

Durch welche konkreten Aktivitäten könnten die unterschiedlichen Akteure noch stärker dazu beitragen, dass wir in Deutschland die globalen Nachhaltigkeitsziele erreichen? Was sind gute Praxisbeispiele, die ausgebaut und verbreitet werden sollten?

Welche Schlussfolgerungen sollten hieraus für die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bis Ende 2024 gezogen werden?

- Es ist zwingend notwendig, dass die **Relevanz der Strategie gestärkt** wird. Die politischen Aktivitäten zur Umsetzung müssen erhöht und besser ausgestattet werden, damit angemessen an reformierten Indikatoren und Maßnahmen gearbeitet werden kann. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte nicht nur einen Bericht liefern. Sie sollte einen verbindlichen und ambitionierten Fahrplan festlegen. Dazu müssen die angegebenen Maßnahmen evaluiert und angepasst werden. Die Umsetzungsgeschwindigkeit der Vorhaben muss in dieser Hinsicht zwingend erhöht werden. Nachhaltige Entwicklung darf nicht an Zuständigkeitsgrenzen von Ministerien und anderer Behörden Halt machen, sondern es braucht eine flächendeckende Verantwortung und Zuständigkeit aller Politikbereiche.
- **Nachhaltige Fiskalpolitik:** Eine gute öffentliche Infrastruktur als Fundament für die kommenden Generationen setzt staatliche Investitionen in ihren Ausbau und Erhalt voraus. Eine durch Kürzungsmaßnahmen marode gewordene Infrastruktur stellt eine massive Bürde für die junge Generation dar. Dafür braucht es eine ernsthafte Reform der Schuldenbremse und den Ausbau eines sozial gerechten Steuersystems, um die dringend notwendigen staatlichen Ausgaben zu finanzieren.
- **Gute Gesundheitspolitik:** Ängste und Sorgen haben zugenommen, aber auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden treten insbesondere bei jungen Menschen verstärkt auf. Trotzdem werden psychische Krankheitsbilder gesellschaftlich weiterhin oft tabuisiert und stigmatisiert und gehen oft mit einer Unterversorgung entsprechender Therapieplätze insbesondere im ländlichen Raum einher. Die mentale Gesundheit insbesondere junger Menschen muss als dringende gesamtgesellschaftliche Aufgabe endlich

Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin

info@dbjr.de | www.dbjr.de

GEMEINSAME STELLUNGNAHME



ernster genommen und durch holistische Ansätze in den Blick genommen werden.¹ Gesundheitsförderung muss auch Förderung von Jugendarbeit mit Sport und Bewegung sein, denn Adipositas unter Jugendlichen ist ein wachsendes Problem. Gleichzeitig muss Zucker in hochverarbeiteten Lebensmittel mehr markiert und reguliert sein (Einschränkung von Süßigkeiten-Werbung, Zuckerbesteuerung, bessere Kennzeichnung von Zucker).

- **Transformation zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem:** Um global allen Menschen und vor allem jüngeren und kommenden Generationen Wohlstand zu ermöglichen, müssen wir unsere derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise verändern. Die Abwälzung dieser Fragen auf das Private und somit auf den individuellen Lebensstil ist unzureichend. Vielmehr braucht es politische Vorgaben und Bestimmungen, die einen solch angepassten Lebensstil für alle Menschen nicht nur möglich macht, sondern auch entsprechende Anreize und einen klaren Ordnungsrahmen für die Beteiligten am weltweiten Wirtschaftssystem schafft. Alternativen zu einem nicht-nachhaltigen Wirtschaftssystem müssen stärker diskutiert werden. Dies beinhaltet eine Kreislaufwirtschaft, die an planetaren Grenzen orientiert ist: helfen können z.B. Erweiterung des Pfandsystems, die drastische Erhöhung der Recyclingquote, eine Vervielfachung von Upcycling-Prozessen, ein Recht auf Reparatur und der Auf- bzw. Umbau einer nachhaltigen Verpackungsindustrie.
- **Kinder- und Jugendarmut:** Soziale Gerechtigkeit für junge Menschen muss mit einer konsequenten Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut einhergehen. Leider erfüllt die noch geplante Kindergrundsicherung insbesondere in Bezug auf ihre finanzielle Ausstattung nicht die Erwartungen, um die in Deutschland seit Jahren strukturell verankerte Kinder- und Jugendarmut effektiv zu bekämpfen.
- **Bildungssystem als Akteur für Bildung für nachhaltige Entwicklung:** Es braucht endlich strukturelle Förderung für außerschulische Lernorte. Mit dieser muss anerkannt werden, dass vor allem Jugendverbände die Freiräume für junge Menschen bieten, in denen junge Menschen Selbstwirksamkeit und strukturelle Beteiligung erfahren. Außerdem muss BNE als Querschnittsthema aller Fächer konsequent Einzug in die Lehrpläne halten. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen schultern einen Großteil der BNE, während das formale Bildungssystem es bisher zu wenig schafft, entscheidende Themen der globalen Gerechtigkeit und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen strukturell in den Lehrplänen im institutionellen Alltag zu verankern. Dies zeigt sich sowohl im Schul-, Ausbildungs-, als auch im Hochschulsystem.
- **Konsequenter Klimaschutz:** Schnellstmöglicher Umstieg auf 100% erneuerbare Energien, bis 2030. Nachsteuerung bei CO₂-Bepreisung um ausstoßreiche und klimaschädliche CO₂-Äquivalente. Bewusstsein für die enormen Emissionen von tierischen Nahrungsmitteln schaffen, tierfreie Alternativen fördern und in öffentlichen Einrichtungen konsequent tierfreie Alternativen anbieten. Es braucht einen ganzheitlichen natürlichen Klimaschutz, der z.B. neben dem Schutz der Meere auch den Schutz der Alpen und des Alpenvorlandes als Hotspot der Biodiversität hervorhebt und den völkerrechtlichen Verpflichtungen gerecht wird.

¹ <https://www.dbjr.de/artikel/mentale-gesundheit-junger-menschen-in-krisenzeiten-staerken>

GEMEINSAME STELLUNGNAHME



- **Bausektor:** Eine weitere Bebauung und die damit verbundene Neuflächenversiegelung muss gestoppt werden. Ökologische Gebäudesanierung statt Neubau, Nachverdichtung und die doppelte Innenentwicklung in Städten müssen bevorzugt werden. Bei Neubauten gilt eine Solarpflicht und sollte um eine stärkere Förderung für Bestandsbauten ergänzt werden.
- **Stadtentwicklung:** Ein Schlüssel für die „Städte von morgen“ wird es sein, junge Menschen bei deren Entwicklung in allen Belangen mit einzubeziehen. Gemeinnützige Verwaltung und Förderung von Wohnraum, Aufwertung strukturschwacher Regionen z.B. durch Ausbau des ÖPNV und Fahrradwegen. Bei dem Bau neuer Infrastruktur sollen Fahrradwege und Fahrradschnellstraßen sowie Fahrradparkplätze mindestens gleichwertig zu Autoparkplätzen berücksichtigt werden.
- **Soziale Ausgestaltung:** Eine gerechte Ausgestaltung der Klimapolitik ist erstens geboten und zweitens Grundlage für die Akzeptanz ihrer Maßnahmen. Die Einführung eines sozialgestaffelten Klimageldes für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen ist richtig und wichtig, kann jedoch nur der Einstieg in eine gleichzeitig sozial wie ökologisch gerechte Transformation darstellen.
- **Verkehrspolitik: ÖPNV auch im ländlichen Raum stärken.** Junge Menschen auf dem Land haben alleine geographisch weniger Teilhabe als Menschen in Mittel- oder Oberzentren. **Verbot von Inlandsflügen**, auch internationale Flüge regulieren. Konsequenter nachhaltige Stadtentwicklung umsetzen mit besonderem Fokus auf Fahrradwege und Fahrradschnellstraßen. Dem Individualverkehr mit Autos nicht mehr Platz auf Straßen einräumen als dem Fahrrad.
- **Lebensmittelverschwendung in Deutschland beenden:** Mit der Bekenntnis zu den globalen Nachhaltigkeitszielen hat sich Deutschland auch das Ziel gesetzt, die Lebensmittelverluste im Handel und bei Verbraucher*innen bis zum Jahr 2030 zu halbieren. Bisher passiert jedoch zu wenig. Noch immer werden etwa 75 kg Lebensmittel pro Person und Jahr verschwendet.
- **Nachhaltige Finanzierung und Förderung der Akteure im Zivil- und Katastrophenschutz:** Eine resiliente Gesellschaft erfordert gut aufgestellte Organisationen, die den Anforderungen der aktuellen Zeit gewachsen sind. Dies erfordert, wie bei allen weiteren Jugendorganisationen, langfristig ausgelegte Finanzierungsmöglichkeiten und politische Unterstützung.
- **Jugendbeteiligung:** Bei politischen Entscheidungen werden die Rolle von jungen Menschen und die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche immer noch viel zu selten und nicht systematisch berücksichtigt. Wirksame Jugendbeteiligung muss mindestens nach den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung² auch auf Bundesebene strukturiert umgesetzt werden. Dazu gehört ebenfalls die Absenkung des Wahlalters für den Deutschen Bundestag auf mindestens 16 Jahre. Es braucht darüber hinaus die Etablierung einer eigenständigen Jugendpolitik, die ressortübergreifend die Interessen und Anliegen junger Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

² <https://standards.jugendbeteiligung.de/beteiligung-junger-menschen-auf-bundesebene/>

GEMEINSAME STELLUNGNAHME



- **Lebensmittel und Ernährung:** Individuelle Gegenmaßnahmen zur Lebensmittelverschwendung wie z.B. das Containern legalisieren und zivilgesellschaftliche organisierte Aktivitäten wie z.B. Foodsharing stärken. In öffentlichen Einrichtungen (mehr) vegetarische und tierfreie Alternativen schaffen. Den Zugang zu tierfreien Lebensmittel erleichtern. Gesunde und umweltverträgliche Ernährung soll schon im Kindergarten und spätestens in der Schule erlernt werden. Umweltverträgliche Produktion von tierischen Nahrungsmitteln, besonders Antibiotikaeinsatz in industriellen Ställen strikt regulieren. Nicht weiter Antibiotikaresistenzen fördern.
- Das Rückgrat vollständiger Demokratien bildet die **Zivilgesellschaft**, die selbstermächtigt, selbstorganisiert und gemeinnützig handelt. Ihre Handlungsspielräume sind zu wahren und durch strukturelle Finanzierung und wirksame Beteiligung zu stärken. Das Subsidiaritätsprinzip ist ohne Einschränkungen umzusetzen. Zivilgesellschaftliches Handeln ist entscheidend für eine nachhaltige Entwicklung. Demokratisch gewählte Regierungen haben genauso wie staatliche Organe und Institutionen den Auftrag, zivilgesellschaftliche Organisationen innen- und außenpolitisch zu stärken.
- Eine plurale und wehrhafte Zivilgesellschaft schützt bundesweit Demokratie gegen Rechtsextremismus. Gleichzeitig muss aber auch der Staat seiner Verpflichtung nachkommen, sowohl die organisierten Feinde der Demokratie zu bekämpfen als auch die öffentliche Finanzierung demokratischer Kräfte auf eine solide Grundlage zu stellen. Dafür braucht es gerade jetzt ein wirksames Demokratiefördergesetz und eine bessere Ausstattung der Jugendverbände im Kinder- und Jugendplan. Deren Förderung ist zu erhöhen und zu dynamisieren.
- Ohne Demokratie ist keine nachhaltige Entwicklung denkbar. Demokratie muss geachtet und geschützt werden. Es gibt zu ihr keine Alternative.